

Die Verfassung.

Wochenblatt für das Volk.

Erscheint jeden Montag früh. Preis vierteljährlich bei allen Preuss. Postanstalten 4 1/2 Sgr., bei den außerpreussischen Postanstalten 7 1/2 Sgr., in Berlin bei allen Zeitungs-Spediteuren incl. Botenlohn 6 Sgr., in der Expedition, Taubenstr. 27, 4 1/2 Sgr. Inscratre die Zeile 2 Sgr.

Vor Allem eine bessere Kreis- und Gemeindeordnung.

Wir freuen uns, daß die Regierung nach den Siegen über den auswärtigen Feind auch die Hand zur Herstellung des inneren Friedens geboten hat. Wir sprachen schon neulich darüber. Wir sagten, daß die Regierung den ersten und nothwendigsten Schritt damit gethan hat, daß sie sich verpflichtet erklärte, von nun an über die Geleider des Landes nicht mehr nach eigenem Ermessen, sondern nur mit Zustimmung des von uns selbst gewählten Abgeordnetenhauses zu verfügen. Aber wir sagten auch, daß dieser erste Schritt wenig Werth hat, wenn nicht gar viele weitere Schritte ihm folgen. Insbesondere bedürften wir eine gute und gerechte Kreis- und Gemeindeordnung. Sie ist ein dringendes Bedürfnis für das ganze Land, besonders für die sechs östlichen Provinzen, wo es mit der Verwaltung der Kreise und Gemeinden sehr traurig und noch um ein gutes Theil schlimmer ausfiehet als in Rheinland und Westfalen. Eine gerechte und weise Staatsverwaltung zu Rug und Frommen aller Leute, die in unserm Staate angefaßten sind, ist nur möglich, wenn zu einer guten Städteordnung auch eine gute Kreis- und Gemeindeordnung hinzutritt.

Die Zustände in den Kreisen und den ländlichen Gemeinden sind, zumal in den östlichen Provinzen, kaum noch zu ertragen. Da bildet das kleinste Dorf schon eine Gemeinde für sich, und diese Gemeinde wird in der Wirklichkeit gar nicht einmal von den Gemeindegliedern selbst und von einem selbst gewählten Vorsteher verwaltet, sondern die eigentlichen Verwalter oder, so zu sagen, Regenten sind der Landrath, der Rentmeister oder gar der Rittergutsbesitzer. In ein jeder, der zufällig ein Rittergut geerbt oder mit eigenem oder fremden Gelde gekauft hat, ist sogar oft die Polizeiobrigkeit im Dorfe.

Wie sieht es aber mit der Kreisverwaltung aus? Da giebt es freilich eine Kreisoberreitung; aber in den östlichen Provinzen hat jeder Rittergutsbesitzer ohne Weiteres Sitz und Stimme auf dem Kreistage, und

neben ihnen in der Regel nur ein Paar gewählte Bürger und einige Dorfschulzen. Rechnet man einen Kreis in den andern, so haben die Rittergutsbesitzer im ganzen Lande kaum halb so viel Ader, als die übrigen bei den Kreistagen Theilhabenden, aber auf den Kreistagen haben sie siebenmal soviel Stimmen als alle Bauern zusammengekommen. Dazu kommt, daß in unserem Osten bei der Wahl des Landrathes die Bürger und Bauern gar nicht einmal mitzureden haben; die Rittergutsbesitzer wählen ihn ganz allein. So sind denn auf den meisten Kreistagen die Rittergutsbesitzer beinahe Alles, die Bürger und Bauern so gut wie Nichts. Dabei ist der rittergutsbesitzende Landrath zugleich der eigentliche Regent im Kreise, wenn er auch dem Gesetze nach unter der Regierung steht.

Der Landrath hat die oberste Polizei im Kreise. Bei Kreis- und Bezugsbauten bestimmt er, was jede Gemeinde oder auch jeder Einzelne an Material zu liefern, an Fuhrn und Arbeiten zu leisten hat. Er hat eine Hauptstimme bei der Aushebung zum Militär und besonders bei der Einberufung zur Landwehr. Er entscheidet die Streitigkeiten in unsern Gemeinden. Er bestimmt wie viel Klassensteuer jeder zu zahlen, wie viel Kriegsklasten jeder zu tragen hat. Er ordnet Alles an und befehlet Alles, ohne daß die Gesetze ihm besonders enge Schranken setzen. Und ein so mächtiger Beamte wird nur von den Rittergutsbesitzern gewählt, und nur äußerst selten kommt es vor, daß die Regierung bei dem Könige darauf anträgt, daß er einen andern, als den Gewählten, zum Landrath ernennen möge.

Wir sind weit davon entfernt, die Personen anzugreifen, welche die Kreise und die ländlichen Gemeinden beherrschen. Wir weisen nur auf die Einrichtungen hin, welche nach unserer Ansicht abgeändert werden müssen. Denn auch beim besten Willen können diese Herren unsere Kreis- und Gemeindeangelegenheiten nicht so verwalten, wie es eigentlich sein müßte.

Unsere Beschwerden können mit Sicherheit nur dann aufhören, wenn die Dinge, die uns selbst am nächsten angehen, auch von uns selber mit verwaltet werden. Eine gute Verwaltung ist wirklich nur möglich, wenn die

Kreis- und Gemeinde-Eingeseffenen sich an der Verwaltung der Kreise und Gemeinden in wirksamer Weise theilnehmen können und wirklich theilnehmen. Erst dann werden wir Kreis- und Gemeindebedürftigen haben, die nicht bloß fähig, sondern auch im Stande sind, in der rechten Weise für das Gemeinwohl zu sorgen. Erst dann werden Wege- und andere öffentliche Bauten fest zu eingerichtet werden können, daß sie allen Eingeseffenen zu Gute kommen. Erst dann werden wir eine Polizei haben, die uns zum wirklichen Schutze dient, ohne uns schädlicher oder überflüssiger Weise zu belästigen. Erst dann ist eine Arm-upflege möglich, deren Lasten gleichmäßig und gerecht verteilt sind, und die nicht jeder einzelnen kleinen Gemeinde die Nothwendigkeit auferlegt oder einen Vorwand bietet, um das Recht der freien Niederlassung und Ansiedelung ungewöhnlicher Weise zu beschränken und dadurch die Verarmung, die man doch abwehren will, zu verdoppeln und zu verdreifachen. Dann endlich werden wir im Stande sein, für den ganzen Kreis und für die einzelnen größeren Gemeinden Schulen einzurichten, in denen die Kinder unserer Bauern ebenso viel und ebenso Lätliches lernen, wie die Bürgerkinder in gut eingerichteten Stadtschulen.

Mit Einem Worte, eine gute und gerechte Kreis- und Gemeindeordnung ist unser nächstes und dringendes Bedürfnis. Wenn die Regierung ernstlich für das Wohl des Landes sorgen, wenn sie den neu gewonnenen Frieden im Lande wirklich erhalten und für die Dauer desselben sorgen will, dann wird sie schon in allerhöchster Eile dafür sorgen, daß wir endlich eine bessere, eine wirklich gute Kreis- und Gemeindeordnung bekommen.

Politische Wochenschen.

Preußen. Auf die gewaltige Aufregung des Sommers ist jetzt eine gewisse Abkühlung erfolgt, welche sich auch in der Politik bemerkbar macht. Es herrscht jetzt, nachdem die Amerikaner so-mehr vollzogen sind, eine große Stille; es beginnt die ruhige aber nachhaltig wirkende Arbeit der allmählichen Uebersetzung der Verwaltungen der neu eroberten Länder in das preussische System.

Nur zwei Dinge fesseln jetzt die politische Aufmerksamkeit: der Stand der Verhandlungen mit Sachsen und der Gesundheitszustand Louis Napoleons.

Was die eilernen anbelangt, so scheinen sie gar nicht vorwärts zu gehen; neulich meldete ein Berliner Blatt, daß der Friedensvertrag zwischen den Beesmländischen Thron abgeschloffen gewesen sei, daß er aber nicht die Ratifikation des Königs von Preußen erhalten habe. Diese Nachricht wird jedoch von Dresden aus mit Bestimmtheit als falsch bezeichnet. Preußen hat im Hinblick auf die Gefahren, welche in der fortwährend feindseligen Haltung des wiener Kabinettes zu liegen scheinen, gewiß Grund, auf eine möglichst schnelle Beendigung dieser Verhandlungen zu dringen, aber dies ist offenbar noch vielmehr bei Sachsen der Fall, wo das Land sehr schwer unter dem Druck der fortwährenden Kriegslasten leidet. Eine Anzahl von Stadtverordneten in Dresden wollte deshalb an den König die dringende Bitte um Beschleunigung der Friedensverhandlungen richten und schon die Absendung einer Adresse vor, in welcher es heißt: „Wenn nicht in nächster Zeit der schon so lange schmerzlich vermisste Frieden zurückkehrt, so würde bei den mit dem Kriegszustande

verbundenen Leiden und täglich sich steigenden Opfern der Staatsangehörigen unser Volk und Land und besonders die von uns vertretene Stadt auch noch den letzten Rest der zu eigener Selbstständigkeit erforderlichen Lebenskraft verlieren. Königlich Majestät! Mit allen unsern Mitbürgern leiden in unserer Stadt und überall im ganzen Lande ganz besonders drückende Noth die Familien einer großen Anzahl von Soldaten unserer im fremden Lande stehenden Armeen, vorzugsweise die Frauen und Kinder der Kriegserfahrenen unter den gegenwärtigen Verhältnissen. Hat auch die Privatwohlfähigkeit sich bemüht, der Noth nach Kräften abzuhelfen, so werden jetzt die Kräfte schwächer, weil die Zahl der Wohlhabenden in betrüblicher Weise sich verringert. Die unglücklichen Familien der braven Truppen, die für König und Vaterland heldenmüthig Leben und Gesundheit eingesetzt haben, suchen allmählig herab zu Almosenempfängern, und lie-reufen laut nach der Rückkehr ihrer Ernährer, deren Abwesenheit sie an den Bettelstab bringt.“ Deutlicher läßt sich die Noth des Landes nicht schildern, und wenn auch die überlozale Majorität der Stadtverordnetenversammlung die Annahme dieser Adresse abgelehnt hat, so wird doch dadurch die Noth des Volkes nicht hinweggezogen werden können. Und dem König Johann ist diese Noth auch von anderer Seite, von den Zwickauer Stadtverordneten, ebenso eindringlich geschildert worden, aber er hat sich nicht entschließen können, auf die Bitten seiner Unterthanen zu hören, er heßt noch immer auf ein außerordentliches Ereigniß, welches ihm seine volle Souveränität wiedergibt.

König Johann sollte bedenken, daß er auf diese Weise in dem sächsischen Volke den Gedanken wecken muß, daß es für dasselbe vielleicht besser sei, wenn Sachsen das Schicksal Hannover, Kurpfalz und Nassau theile. Ist ein solcher Gedanke aber einmal gewickelt, so macht er sich immer mehr und mehr geltend, so daß es schließlich nur noch eines äußeren Anstoßes bedarf, um die Amerikaner Sachsen zu ver-ziehen. Wenn dieser Schritt vielleicht schneller eintritt, als jetzt manche Leute erwarten, so wird König Johann sich selbst die Schuld daran zuschreiben haben.

Die Krankheit Napoleons, welche nach einigen Ansätzen eine sehr gefahrbedrohende Gestalt angenommen haben soll, ruft in Preußen und Deutschland sehr lebhaften Beizornis für den Fall seines Todes hervor. Und diese Beizornisse können nicht ungerechtfertigt erscheinen. Louis Napoleon hat den Zweck seines Strebens, die Befestigung seiner Dynastie, nur sehr unvollkommen erreicht. Es giebt in Frankreich wohl keine einzige Partei mit Ausnahme der militärischen, welche an der Fortdauer der napoleonischen Dynastie ein Interesse hätte. Die einzige Partei, welche vielleicht einige Hoffnung auf die Regentenschaft der Kaiserin setzt, ist die ultramontane, aber ihre Bestrebungen widersprechen zu sehr den Neigungen des französischen Volkes, als daß eine Regentenschaft, welche sich zum Werkzeug dieser Partei gebrauchen läßt, den Thron des kaiserlichen Prinzen sichern würde. So würde aller Wahrscheinlichkeit nach bei dem Tode d. d. Kaisers Napoleon eine mehr oder weniger blutige Revolution sich vollziehen, welche entweder von neuem eine Republik zur Folge hätte, oder welche die Orleans wieder auf den Thron von Frankreich bringen würde, wenn nicht diejenigen, welche nach dem Tode des Kaisers im Namen seines unmündigen Sohnes die Regentenschaft führen, sehr schnell Maßregeln treffen, welche ein solches Ereigniß unmöglich machen. Wem er können solche Maßregeln bestehen? Einzig und allein darin, daß man schnell die Aufmerksamkeit des Volkes auf ein Unternehmen lenkt, welches sich der Sympathie der ganzen Nation erfreut und gleichzeitig die Kräfte derselben so vollständig in

Anspruch nimmt, daß an einen gewaltthätigen Umsturz der bestehenden Verhältnisse nicht zu denken ist. Ein solches Unternehmen ist der Krieg zur Eroberung des linken Rheinufers.

Wir wollen recht gerne glauben, daß Louis Napoleon selbst klug genug ist, einen solchen Krieg nicht herbeizuführen, da er das Gefährliche desselben vorantreibt, aber was sollen diejenigen, welche ein Interesse an der Dauer seiner Dynastie haben, nach seinem Tode thun, selbst wenn sie seine Ansicht von der Sache theilen? Sie werden, wenn ihnen die Zeit dazu bleibt, gezwungen sein, einen Kampf an den Ufern des Rheines herbeizuführen, wenn sie nicht in Gefahr kommen wollen, einen Kampf in den Straßen von Paris zu führen, dessen Ausgang kaum zweifelhaft sein dürfte. Aus diesem Grunde schlägt die Krausheit Napoleons, wenn sie einen tödtlichen Ausgang nehmen sollte, eine sehr drohende Gefahr für Deutschland ein, und es schämt uns dem gegenüber gewiß gerechtfertigt, an einer möglichst schnellen Herbeiführung der Einigung Deutschlands zu arbeiten. Nur jetzt geeinigt kann es dem Nützlichem Frankreich, dem sich ganz unzweifelhaft auch Oesterreich anschließen wird, gleich von Anfang widerstehen, und es scheint uns doch genügt zweckmäßiger, auf diese Weise die drohende Gefahr durch vorherrliche Einigung von vornherein zu beseitigen, als erst nach dem Tode, welche möglicher Weise ein unglücklich geführter Krieg über uns bringen könnte, das Werk der Einigung zum Zweck der Befreiung vorzunehmen.

Grav Bismarck, welcher in den letzten Tagen in Klagen war, scheint sich noch nicht so erholt zu haben, wie man gehofft hatt, er wird sich daher wieder auf das Gut seines Vaters zurückgeben, wo er in voller Zurückgezogenheit noch einige Wochen zubringen wird.

In den neuen Provinzen ist die Verkündung der Amnestie allenthalben mit Aufsehen angenommen worden; man hat sich sowohl der lebhaftesten Demonstrationen für wie gegen den neuen Zustand enthalten.

Der Friede mit der Fürstin Caroline ist jetzt amtlich publizirt; dieselbe muß 100,000 Thlr. an die Unterstützungskasse für die im letzten Kriege verwundeten preussischen Offiziere und Soldaten bezahlen.

Die Frankfurter haben versucht, eine Befreiung von der Militärpflicht zu erlangen; dies ist ihnen jedoch nicht gelungen; ihre Söhne werden, ebenso wie in ganz Preußen, dienen müssen, ohne Rücksicht darauf, ob sie arm oder reich sind.

Baden. Die liberale Partei hat folgendes Programm in der deutschen Frage aufgestellt: Die liberale Partei erachtet für ihre nächste und hauptsächlichste Aufgabe, die Sache der deutschen Einheit mit allen Kräften zu fördern. Das nach erstrebte Ziel, die Errichtung eines deutschen Bundesstaats mit Parlament und Centralgewalt, ist durch die neuesten Ereignisse der Verwirklichung näher gerückt. Die bewährte Kraft Preußens und das Ausscheiden Oesterreichs aus Deutschland haben die künftige Führung Deutschlands durch Preußen zur Nothwendigkeit gemacht. Die einzig mögliche Form der Einheit ist durch vollendete Thatfachen vorgezeichnet; sie besteht im Anschluß Süddeutschlands an den norddeutschen Bund. Ein süddeutscher Bund würde der Macht und Unabhängigkeit entbehren, die Einmischung des Auslandes hervorruft und das Ziel der Einigung in die Ferne rückt, ohne eine Gewähr für die Freiheit zu bieten. Demzufolge ist unsere Partei entschlossen: 1) den Anschluß an Preußen und den norddeutschen Bund mit allen Mitteln in zu erstreben; 2) bis zur Erreichung dieses Zieles jede irgend mögliche Annäherung Badens an Preußen und den norddeutschen Bund sowohl auf volkswirtschaftlichen

Gebieten, als auch namentlich durch organische Verbindung der militärischen Einrichtungen zu suchen. Neben dieser wichtigsten nationalen Frage bleibt unsere Stellung in Bezug auf die innere Verfassung und Verwaltung unverändert, indem wir an den Grundsätzen der Proclamation vom 7. April 1860 festhalten.

Bürttemberg. Die Abreßkommission hat der Kammer eine Adresse vorgelegt, welche ganz entschieden alle Bestrebungen für einen Anschluß an Preußen von der Hand weist. Acht Abgeordnete, welche das Süddeutsche nur in einer Einigung unter Preußen sehen, haben einen Gegen-Entwurf eingebracht, in dem es heißt:

„Der deutsche Bund ist aufgelöst. Oesterreich hat auf die Beibehaltung an der Grenzfestung Deutschlands verzichtet, Preußen hat sich verzögert und Deutschland nöthig vom Main unter seiner Führung befreit. Damit ist das Uebergewicht Preußens in Deutschland entschieden, und zwar nicht etwa dies verändernd, sondern nach unserer Ueberzeugung bleibend. Dies sind die thatsächlichen Verhältnisse. Sie bitten den gegebenen Boden, auf welchem wir für das Beste des Volke zu sorgen haben. Die Schlichte weist mit Nothwendigkeit auf das politische Ziel hin, dessen Erreichung uns von der nationalen Idee wie von den materiellen Interessen geboten wird. Es ist die Einigung des ganzen außerherrschaftlichen Deutschlands in einen Bundesstaat, in welchem die Centralgewalt in die Hand des Oberhauptes des preussischen Staates gelegt ist, die Freiheitsrechte der Nation durch ein mit den erforderlichen Befugnissen ausgestattet Parlament gestützt sind und die berechtigte Selbstbestimmung des Einzelstaats gewahrt ist.“

Oesterreich. Man spricht wieder von einer bevorstehenden Aussöhnung mit Ungarn.

Die Ernennung des Grafen Gutschewski zum Statthalter in Galizien hat die Hoffnungen der dortigen Polen sehr getrübt. Rußland sieht sich durch diese Maßregel des wieners Kabinetts sehr unangenehm berührt, und die Hoffnungen, welche man in Wien auf ein Bündniß mit Rußland hatte, dürften jetzt als eitel zu betrachten sein.

Neueste Nachrichten.

Gegenüber den bewundernden Gerichten über den Gesundheitszustand des Kaisers Napoleons sprechen heut (Sonntag) hier eingetroffene Privatbriefe aus Paris von einer Besserung in dem Befinden des Kaisers.

Die Nachricht, daß mit demringen Napoleon wegen seines eventuellen Eintritts in den Regentenschatz unterhandelt worden sei, wird als falsch bezeichnet.

Der Einzug des Königs Viktor Emanuel in Neapel ist wegen der dort herrschenden Cholera auf unbestimmte Zeit verzögert.

Petersburg, Sonnabend, 13. Oktober, Abends. Die Herberungen der Montenegroer sind in Konstantinopel befriedigt worden.

Der Sultan soll mit dem langjähigen Fortgange der Angelegenheiten auf Kandia unzufrieden sein und einen Adjutanten beauftragt genauer Erkundigung dahin gesandt haben.

Wien, Sonntag 14. Oktober Morgens. Ein an den Staatsminister Welcker gerichteter kaiserlicher Mandirreiben spricht die dankbarste Anerkennung des Kaisers für die werthvollsten Beweise der Treue und edlen Aufopferung der österreichischen Völker in den verflochtenen unglücklichen Tagen aus. Der Kaiser erwartet die angestrengteste Thätigkeit aller Regierungorgane, die um durch den Krieg geschlagenen Bünden zu helfen.

Die Wahlen zum norddeutschen Reichstag.

Wenn auch augenblicklich die Regierung es für zweckmäßig gefunden hat, statt ganz Deutschland zu einem gemeinsamen Bundesstaate zu vereinigen, nur Norddeutschland zu einen, so ist das für uns und für das ganze deutsche Volk gewiß kein Grund, abzusteifen von dem Streben nach einem einzigen Deutschland. Wir lassen das Ziel, welches uns viele Jahre hindurch als Leitstern gedient hat, nicht einen Augenblick aus den Augen, wir betrachten alles, was jetzt zur Vergrößerung Preußens und zur Konstituierung des Norddeutschen Bundes geschieht, nur als Anfänge zu der Einigung des ganzen deutschen Reiches.

Es mag der eingeschlagene Weg so manchem nicht der richtige und passende erscheinen, und auch wir haben oft genug Gelegenheit gehabt, unsere Ansicht dahin auszusprechen, daß das Ziel auf andere Weise leichter und vollständiger erreicht werden könne, aber man sollte doch bedenken, daß Thatfachen nicht mehr ungeschehen gemacht werden können, und daß das, was einmal geirrt ist, auch geirrt bleiben wird, und daß, je größer der Kern, um so größer die Anziehungskraft desselben. Allerdings muß der Kern selbst, welcher diese Anziehung ausüben soll, befestigt sein, seine Anziehungskraft zu vermehren, und wir wollen hoffen, daß Preußen dies thun wird. Wir wollen hoffen, daß Preußen in jeder Beziehung den anderen deutschen Staaten als ein Muster in freihändlerischer Entwicklung vorleuchtet wird, dann wird auch bald die jetzt unterdrückte Sympathie in Süddeutschland wieder mächtig werden, und die Widerstreben zum Aufbruch zwingen.

Wenn man uns in Hinblick auf die preussischen Zustände sagt, daß dem preussischen Staate noch viel zu einem solchen Musterstaate fehlt, so wissen wir das selbst recht gut, aber wir halten es für Preußens Aufgabe, ein solcher Musterstaat zu sein, und damit er es werde, muß jeder in seinem Kreise das Seine dazu thun.

Es mag für den Einzelnen oft schwer scheinen, in seiner Stellung irgend etwas zum Besten des Staates in dem Sinne, wie wir es verstehen, zu thun, aber es ist auch gar nicht nöthig, daß jeder mit einer großen, gewaltigen That hervortritt, auch die eifrigste und freudige Erfüllung aller einzelnen Staatsbürgerpflichten, auch der geringsten, ist eine Thätigkeit in der gewünschten Richtung. Eine Gelegenheit zu solcher Pflichtenfüllung bietet sich jedem, und sie wird sich, V. wahrscheinlich sehr bald wieder einmal zeigen, nämlich bei den bevorstehenden Wahlen zum Reichstage des norddeutschen Bundes.

Wäge dann jeder wahlfähige Bürger seine Stimme abgeben nach reiflicher und sorgfältiger Verantwortung der Frage, welche Anforderungen er an die Männer zu stellen hat, welche er zu seinen Vertretern wählen will. Daß dieselben die gewöhnlichen Eigenschaften eines Volksvertreters besitzen müssen, versteht sich von selbst, es fragt sich nur, welche besonderen Eigenschaften müssen sie in den Norddeutschen Reichstag mitbringen, wenn Dessen Wirken ein segensreiches werden soll?

Nach den Worten, mit denen wir diese Artikel begannen haben, ergibt sich unsere Antwort auf diese Frage sehr leicht. Das Volk muß von seinen Vertretern, die es in das norddeutsche Parlament schickt, fordern, daß dieselben erfüllt sind von der Nothwendigkeit der Herstellung eines einzigen von Preußen geführten Deutschlands, von der Nordsee bis zum Oberrhein.

Aber mit dieser guten Absicht zur Herstellung eines einzigen Deutschlands ist es nicht gethan, man muß auch wissen, wie es hergestellt werden soll, auf welchen Grundlagen der stolze Bau der deutschen Einheit ruhen solle. Deshalb müssen die Volkvertreter in Norddeutschen Parlament sich klar gemacht haben, welche Macht in diesem einzigen Deutschland dem Einzelstaate verbleiben könne, und welche Rechte der Einzelstaat der Centralgewalt und dem Parlament unbedingt übertragen muß.

Diese Bestimmungen vorläufig schon für den norddeutschen Bund zu treffen, wird ja Aufgabe des demnächst zusammentretenden Reichstages sein, und das Volk muß deshalb sich selbst darüber klar sein, wie es die Grenze zwischen der Gewalt der Centralgewalt und der Gewalt des Einzelstaates gezogen sehen will, und er muß von demjenigen, dem er seine Stimme giebt, wissen, ob er diese Grenze ebenso ziehen will.

Die Entscheidung dieser Frage ist von der höchsten Wichtigkeit, denn es handelt sich nicht nur um die Rechte, welche das Preussische Volk, resp. seine Vertretung und Regierung gegenüber dem Gesamtstaate aufgeben soll, sondern es handelt sich auch um die Lebensfähigkeit des norddeutschen Bundes und um die Eröffnung der Möglichkeit, daß die süddeutschen Staaten ihm recht bald beitreten, so daß aus dem Norddeutschen Bund ein Deutscher Bund in dem Sinne wird, daß dadurch unser Streben nach Macht und Einheit befriedigt wird.

Anzeigen.

20,000 Gulden bares Silbergeld,

kann Jedermann gewinnen, der sich bei der großen Frankfurter Geldverlosung betheiligt, sowie weitere Haupttreffer von Gulden 100,000, 40,000, 25,000, 20,000, 15,000, 12,000, 10,000, 6,000, 3,000 &c.

Diese von der hohen hiesigen Regierung genehmigte und der Stadt garantierte

Neueste große Prämien-Verlosung

bietet den Theilnehmern in jeder Beziehung die größten Vortheile.

Alle Nummern ohne Ausnahme werden gezogen. Das ganze Einlagekapital wird binnen 5 Monaten mittelst Gewinnziehungen zurückbezahlt und müssen planmäßig bis dahin lämmliche 12,500 Geringste, 11 Prämien und 18,400 Zwiloflose von den Unternehmern erlangt werden.

Ganze Originallose kosten fl. 6. — oder Nibir. 3. 13. Halbe " " " 3. — " " 1. 22. Viertel " " " 1 1/2 " " — 26.

(Diese Originallose sind mit dem Stadtjehge versehen.)

Schon am 12. und 13. kommenden Monats beizinnen die Ziehungen. Verlosungen unter Besichtigung des Betrages oder gegen Postannahme werden sofort pünktlich ausgeführt und die ersparlichen Pläne gratis beigeignt. Nach halbjähriger Ziehung erhält jeder Theilnehmer die amtliche Liste und Gewinne nach Übersicht.

Jedliche Auskunft in Betreff dieser großen und interessanten Verlosungen wird gerne ertheilt und eine freie tolle gute Bedienung zugesichert. Man beliebe sich daher vertrauensvoll baldigst direct zu wenden an

L. Steindecker-Schlesinger,
Bank- und Wechsel-Geschäft
in Frankfurt am Main.

Einzelne Jahrgänge der Volk-Zeitung werden geliefert. Franckire Abschriften mit Preisangabe sub. K. in der Expedition D. Wl.